



**Liebe Wandsbekerinnen,
liebe Wandsbeker,**

mit unserem Infobrief bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich über unsere Arbeit zu informieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgernähe, Transparenz und Kenntnis der Themen vor Ort das politische Handeln in unserem Bezirk bestimmen.

Wandsbek soll liebenswerter und interessanter werden. Mit neuen Beteiligungsformen wollen wir Wandsbek gemeinsam mit Ihnen weiterentwickeln. Wir freuen uns auf Ihre Anregungen!

Ihre Anja Quast
(Fraktionsvorsitzende)

Impressum:
SPD Fraktion in der Bezirksversammlung
Wandsbek, Schloßstraße 12, 22041 Hamburg
V.i.S.d.P. Ulrike Nickel

www.spdfraktion-wandsbek.de
Buero@spdfraktion-wandsbek.de

**DIE SPD-BEZIRKSFRAKTION
WÜNSCHT IHNEN
UND IHRER FAMILIE
FROHE WEIHNACHTEN
UND EINEN GUTEN START
INS NEUE JAHR**

BEZIRKSVERSAMMLUNG AM 8. DEZEMBER

Zur Sitzung der Bezirksversammlung am 8. Dezember haben wir die folgenden Anträge in die Beratungen eingebracht:

Umgestaltung des Ostpreußenplatzes: Wir setzen uns mit diesem interfraktionellen Debattenantrag dafür ein, dass sich die Umgestaltung des Ostpreußenplatzes nicht weiter verzögert.

Demokratie vor Ort und lokale Identität - keine Zerschneidung von Stadtteilen durch Wahlkreisgrenzen: Dem neuen Wahlrecht folgend sollen in Wandsbek für die Wahlen zur Bezirksversammlung ab 2014 neun

Wahlkreise eingerichtet werden.

Weitere Anträge, die wir zum Teil interfraktionell eingebracht haben:

- **Neues P&R-Haus in Poppenbüttel:**
- **Fahrradabstellplätze mitplanen**
- **Schulbibliotheken - unverzichtbarer Bestandteil für kompetenzorientierten Unterricht**
- **Verfügungsfonds für ehemalige Fördergebiete langfristig sichern**
- **Mehr Sitzbänke für Wandsbek**
- **Fonds "Radverkehr"**
- **Erhalt wichtiger Stadtteilprojekte langfristig sichern und Finanzierung neu strukturieren** *w*

KONSENS STATT KONFLIKT AM HINSENFELD

Erfolgreiche Bürgerbeteiligung für den Wohnungsbau in Lemsahl-Mellingstedt

Mit einer Vereinbarung zwischen dem Vorsitzenden der Bezirksversammlung, Hans-Joachim Klier und den Vertrauensleuten für das erfolgreiche Bürgerbegehren, Caroline Kreuzler, Antje Oliva und Helge Kohrs, wurde eine Lösung erreicht, die das Hinsefeld wie von den Bürgerinnen und Bürgern gefordert in seiner jetzigen Form bestehen lässt, zugleich aber auch den Zielen des Wandsbeker Wohnungsbauprogramms gerecht wird. Bei der Schaffung neuen familiengerechten und bezahlbaren

Wohnraums wird Lemsahl-Mellingstedt nicht ausgenommen. Die neuen Wohneinheiten sollen aber an anderer Stelle entstehen, vorgesehen sind Grundstücke am Fiersbarg und Spechtort.

Ohne die Bereitschaft der Vertrauensleute des Bürgerbegehrens, Wohnungsbau als gemeinsames Anliegen zu verstehen, wäre ein solches Ergebnis nicht vorstellbar gewesen. Vertrauensleute und Wandsbeker Bezirkspolitik sind aufeinander zugegangen. Es ist vorbildhaft gelungen, Bürgeranliegen und Wohnungsbau zukunftsweisend „unter einen Hut“ zu bekommen. *w*

ERHALT VON STADTTEILPROJEKTEN LANGFRISTIG SICHERN & FINANZIERUNG NEU STRUKTURIEREN

Vor dem Hintergrund der Bundeskürzungen und der oben beschriebenen Umsteuerung in der Hamburger Arbeitsmarktpolitik werden die zuständigen Fachbehörden nach dem Wunsch der SPD-Bezirksfraktion gebeten, ein tragfähiges Finanzierungskonzept für bestehende unverzichtbare Stadtteilprojekte zu erarbeiten

Einerseits bedingt durch die Kürzungen der Bundesebene im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, andererseits bedingt durch die Umsteuerung des Hamburger Senats in der Arbeitsmarktpolitik, nach der Arbeitsmarktpolitik, nach der Arbeitsmarktpolitik, nur noch für solche Personen vorgehalten werden sollen, die über „multiple Vermittlungshemmnisse“ verfügen, stehen zahlreiche Stadtteilprojekte, die bisher mit

Arbeitsgelegenheiten (AGH) betrieben wurden, vor großen Problemen. Diese Situation ist vor Ort äußerst misslich, da es sich häufig um Projekte handelt, die für die Infrastruktur ohnehin sozial benachteiligter Quartiere eine unverzichtbare Rolle spielen.

Zudem ist durch das Interessenbekundungsverfahren für die verbleibenden AGH, in dem für die Bezirke ein Mitspracherecht bei der Vergabe vorgesehen wurde, ein hohes Maß an Frustration in den Bezirken entstanden da diese das Mitspracherecht effektiv nicht ausüben konnten, weil sehr viele eingereichte AGH bereits aufgrund der rechtlichen Vorprüfung ausgeschieden waren.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die Bezirksversammlung Wandsbek die kurzfristige Einrichtung des „Überbrückungsfonds Stadtteilarbeit“, aus dem zunächst vollkommen unverzichtbare Projekte übergangsweise finanziert und somit extreme Härten in den Stadtteilen aufgefangen werden können. Um jedoch auch langfristig eine Perspektive für unverzichtbare Stadtteilprojekte zu erreichen, bedarf es einer grundsätzlichen Veränderung von deren Finanzierungsstruktur. *w*

Michael
Ludwig-Kircher
Fachsprecher
für Soziales



NEUSCHNEIDUNG DER WAHLKREISE FÜR DIE WAHLEN ZUR BEZIRKSVERSAMMLUNG

Demokratie vor Ort und lokale Identität stärken - keine Zerschneidung von Stadtteilen durch Wahlkreisgrenzen. Interfraktioneller Antrag zur Neuordnung der Wahlkreise

Die erneute Wahlrechtsänderung im Sommer 2009 („Wahlrechtsfrieden“) hat nicht nur Auswirkungen auf die Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft, sondern betrifft auch die Wahlen zu den Hamburger Bezirksversammlungen. Ab dem Jahr 2014 finden die Wahlen zu den Hamburger Bezirksversammlungen gemeinsam mit den Wahlen zum Europaparlament statt. Des Weiteren wird die Wahlperiode auf fünf Jahre verlängert. Die Bezirksversammlungen haben das Recht erhalten, die Wahlkreise nach bestimmten, in den Wahlgesetzen definierten Vorgaben zu schneiden.

Unter den verschiedenen Möglichkeiten, zwischen sieben und elf

Wahlkreise zu bilden, soll aus Sicht der Bezirksversammlung Wandsbek das Kriterium Vorrang haben, die Stadtteilgrenzen möglichst nicht zu zerschneiden. Für die Wähler bilden die Stadtteile einen wichtigen Identifikationsraum, in dem sie auch politische Themen wahrnehmen und Gestaltung verlangen. Aber auch für eine gute Zusammenarbeit der Wahlkreisabgeordneten untereinander und mit den Bürgern ist es wichtig, bekannte und akzeptierte stadträumliche Zusammenhänge zu haben. Wahlkreisabgeordnete, die nur für Teile von Stadtteilen „zuständig“ sind, weil die Wahlkreisgrenzen ihren Wirkungsraum begrenzen, können die Erwartungen und Anforderungen der Bürger nicht in vollem Umfang erfüllen. Insofern ist die Lösung, Stadtteile möglichst nicht zu zerschneiden, auch ein Gebot der lokalen Demokratie und parlamentarischen Verantwortung. Im vorliegenden Vorschlag werden diese

Maßgaben in Wandsbek mit seinen 20 Ortsteilen, mit Ausnahme von der rechnerisch nötigen Aufteilung von Bramfeld, erfolgreich umgesetzt.

Folgerichtig berücksichtigen die neuen neun Bezirkswahlkreise die Zuständigkeiten der, in ihrem Zuschnitt Identität stiftenden, Regionalausschüsse. Die Berücksichtigung der regionalen Identität ist besonders wichtig, um Politikmüdigkeit und Politikverdrossenheit entgegen zu wirken. *w*

Hauke Wagner
stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

